

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 10

Charlottenburg, Freitag, den 13. April 1917

Jahrg. 44

Sechzig Millionen Unterstützungsgelder der Gewerkschaften in der Kriegszeit.

S. A. K. Die Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiterschaft haben im Kriege durch die zum Heeresdienst Eingezogenen eine schwere Einbuße an Mitgliedern und damit auch einen erheblichen Einnahmeverlust erlitten. Zum Glück waren die Gewerkschaften in der Lage, aus ihren Beständen die besonderen Anforderungen des Krieges decken zu können, und im Laufe der Zeit hat sich eine Verschiebung der Lasten vollzogen, so daß in den Verbänden wieder ein leidlicher, in einigen sogar ein guter finanzieller Stand zu verzeichnen ist. Die Rüstungsindustrie, die das ganze Wirtschaftsleben in ihren Bann schlägt, hat mit der Arbeitslosigkeit stark ausgeräumt, so daß die ständige Belastung dieses Kontos des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens stark zurückgegangen ist. Nicht minder ist an den Ausgaben für Lohnbewegungen gespart, da mit lang andauernden Streiks oder Absperrungen nicht zu rechnen war. Die hier freiwerdenden Mittel sind zu einem guten Teil für Familienunterstützung verwandt; eine Gesamtübersicht ergibt, daß in der Zeit vom August 1914 bis 31. Dezember 1916 von den Gewerkschaften 22 022 145 M. für diesen Zweck verausgabt wurden; dazu kommen 24 077 883 M. Arbeitslosenunterstützung, die besonders zu Beginn des Krieges stark einsetzte, und schließlich steigt die Summe aller Unterstützungen während der Kriegszeit auf

59 469 302 Mark.

Man wird auf rund 60 Millionen Mark die Leistungen schätzen können, da nicht alle Aufwendungen bei der Aufnahme erfaßt sind.

Das ist eine Leistung in dieser schweren Zeit, auf die die deutschen Gewerkschaften stolz sein können, sie wird bei allen denen, die in dieser Zeit daheim ihre Kräfte der Organisation widmeten, auch das Gefühl freudiger Genugtuung hervorrufen, daß sie denen einen Teil der Dankeschuld abtragen die draußen die fürchterlichen Strapazen des Krieges ertragen müssen. Das Ausbringen dieser Mittel legt Zeugnis ab von dem Geist, der die deutsche Arbeiterschaft erfüllt, daß sie der Pflicht treu bleibt, die sie in den Organisationen sich selbst auferlegte, daß in der Arbeiterbewegung der Gedanke der gegenseitigen Hilfsbereitschaft, sei es im wirtschaftlichen Betriebe oder wenn Not und Elend an die Türe des Arbeiters pochen, stark und gefestigt geblieben ist. Aus solchen Händen Unterstützung zu nehmen, bedeutet keine Erniedrigung, löst kein Mißbehagen aus, hier empfindet der Hilfsbedürftige, daß er einen Anspruch hat, den er in besseren Tagen selbst wieder ausgleichen wird.

Demnach könnte das Ergebnis der Hilfsleistung noch größer sein, wenn nicht auch in dieser Zeit Unverständnis und Eigennutz üppig ins Kraut geschossen wären. Wer kann heute an der bedeutsamen Arbeit der Gewerkschaften achtlos vorübergehen, wenn er sieht, wie auf allen Gebieten ihr segensreicher Einfluß sich Geltung verschafft. Nicht nur in der Ausgestaltung der Unterstützungseinrichtungen haben die freien Gewerkschaften Bedeutendes geleistet, auch zur Erhaltung des wirtschaftlichen Ausgleichs haben sie unzweifelhaft große Erfolge aufzuweisen. Da wo die Organisation eine gut geschulte Anhängerschaft aufweist, sind die Lohnverhältnisse am besten geregelt und ist der Verdienst aufwärts gegangen. In den Tarifen sind beachtliche Teuerungszulagen durchgesetzt, die Akkordlöhne erhöht. Die letzte Lohnstatistik der Gewerkschaften vom Jahre

1915 ergibt, daß durch Verhandlung auf dem Lohngebiet für 816 246 Arbeiter Erfolge erzielt sind, eine Zahl, die in den letzten zehn Jahren nur im Jahre 1913 überschritten wurde. In emsiger Arbeit reihen sich hier andere Erfolge an. In wichtigen Zweigen der Heimarbeit ist eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wie nie zuvor. Für die Wiedererlangung der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten ist manche Erleichterung geschaffen und den Witwen und Waisen hilfreich Beistand geleistet. Die Organisation des Arbeitsnachweises ist eifrig gefördert; eine Vorarbeit, die geeignet ist, in der Zeit der Übergangswirtschaft reichlichen Nutzen zu stiften. Das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, die Einführung des 7 Uhlradenschlusses für offene Verkaufsstellen bieten Vorteile, die gefestigt werden müssen. Unausgesetzt ist dahin gewirkt, daß bei den schweren Eingriffen in die Textilindustrie, die Konfektion, die Schuhwarenfabrikation und andere Berufe den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Unterstützung zuteil wird und die Ueberführung zu anderer Berufsarbeit erleichtert wird. Mehr als je haben gerade während des Krieges die Gewerkschaften ihre Bemühungen einsetzen müssen, das Los der Arbeiter zu mildern und zu erleichtern und bei all den gewaltigen Umwälzungen auf den Schutz der Arbeiter bedacht zu sein.

Glaubt jemand, daß diese Minderungen in der Form sich ohne das Eingreifen der Gewerkschaften vollzogen hätten? Es genügt, auf die Bezirke und die Berufe hinzuweisen, die nur schwache Anlässe zur Organisation aufweisen, um den Abstand der Lohnverhältnisse zu erkennen gegenüber den in der Organisation von jeher besser gestellten.

Man sollte meinen, daß gerade in dieser Zeit keinem Arbeiter die Einsicht fehlt, welchen Weg in dieser Zeit gewaltiger geschichtlicher Ereignisse er einzuschlagen hat. Und dennoch sind es viele, leider zu viele, die da glauben, es gehe sie nichts an, wenn andere sich um die geistige und wirtschaftliche Förderung der Arbeiterklasse mühen, sie fühlen sich nur berufen, ohne mit zu taten, den Nutzen mit einzuheimen. Sie kommen noch mit denselben kleinlichen Ausreden und leichten Einwänden wie ehemals, vielleicht hat die Zeit manchen in seinem Egoismus noch bestärkt und das rücksichtslose Hervorkehren seines schlecht verstandenen Eigeninteresses befestigt; das Treiben und Jagen, um heute das zum Leben Notwendige zu erlangen, läßt ihm seinen Standpunkt begründet erscheinen. Dazu kommt der widerliche Parteistreit, in dem man auch die Gewerkschaften hineinzerrren will, der manchen abstößt und nicht immer die Schlechtesten. Aber es sind keine genügenden Entschuldigungen, es sind nur Einwände der Zweifelnden und Zögernden, der Flauen und Unschlüssigen, denn hoch über alle diese abstößenden Kräfte muß das Gesamtwohl der Arbeiterklasse gestellt werden, an dem mitzuarbeiten alle berufen sind.

Eine am 31. Dezember 1916 aufgenommene Statistik über die Mitgliederzahl läßt erkennen, daß in der Kriegszeit 476 950 männliche und 150 288 weibliche Mitglieder neu aufgenommen sind. Aber es ist betrübend, zugleich festzustellen, daß 571 094 männliche und 139 041 weibliche Mitglieder gestrichen werden mußten. Gewiß ist der Rückgang in den 2¹/₂ Jahren des Krieges nicht groß bei einer Mitgliederzahl von 2¹/₂ Millionen vor dem Kriege, aber das Ergebnis ist doch unerfreulich; wir wollen nicht rasten, wir müssen aufwärts streben. Denn die kommende Zeit fordert von der deutschen Arbeiterklasse, daß sie teilnehme an dem Aufbau

des Wirtschaftslebens und der politischen Neugestaltung, daß sie sozialpolitisch sich den Einfluß sichert, der ihr gebührt. Das kann nur geschehen, wenn ihre alten Organisationen durch den Zustrom neuer Kräfte gestärkt werden. Um so leichter werden wir dann auch die üblichen Nachwirkungen des entsetzlichen Krieges überwinden. Diese Erkenntnis muß die alte Verbekraft der Gewerkschaften wieder neu beleben.
Robert Schmidt.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

fand in den Tagen vom 20. bis 22. März in Berlin statt.

Der gedruckt vorliegende Geschäfts- und Rassenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Legien, Bauer, Kube und Schmidt ergänzt. Legien berichtete über die Gewerkschaftseingaben zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und dem preußischen Staatskommissar für Ernährungswesen, über die Eingabe betr. Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungsarbeiten für eine gesetzliche Neuordnung des Koalitionsrechts, über die Streifstatistik für 1915 und über die von der Generalkommission gewährten Teuerungszulagen für ihre Angestellten. Bauers Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belgische Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Kube den Rassenbericht eingehend erläuterte und daran anknüpfend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schlicke, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Ressorts im Kriegsamt über einzelne Fragen ins Reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Erzielte vor den Anfechtungen anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungs- und das Auftreten des preußischen Landwirtschaftsministers, das allseitig entschiedene Zurückweisung fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Fabrikpflegerinnen, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgeorganisationen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft in solchen Organisationen durch die Gewerkschaften.

Zur Ernährungsfrage wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preußischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preußischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderung in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reiche wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung verlangen.“

Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschafts-angestellten und Arbeitervertreter der Meldepflicht für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsbeschlüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Uebergangswirtschaft wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den

übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende schriftliche Begründung ergänzt und dem Reichsamt für Uebergangswirtschaft sowie dem Reichstagsausschuß für Hand- und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Uebergangswirtschaft befaßt haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah in Auftrage der Konferenz vom November 1916. Ihre Erledigung drängt infolge der neuerdings im Ausschuß für Hand- und Gewerbe begonnenen Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Uebergangswirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Beirat des Reichskommissariats, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Verfügung über den Schiffsraum, Eisenbahn- und Schifffahrtswesen, Hebung der Erwerbstätigkeit, Errichtung von Wirtschaftsämtern und Aufsicht über die Syndikate), weiter in solche, die die Lebensmittelversorgung betreffen, dann Forderungen der Arbeitsvermittlung, solche bezüglich der Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, besondere Hilfeleistung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in Bälde bekanntgegeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen.

Der Referent widersprach diesen Wünschen. Kein Heeresangehöriger würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienst zurückgehalten und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiß können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insoweit Rücksicht zu nehmen, daß die für die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müsse aber jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. Wem Arbeit nicht nachgewiesen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen infolge der Uebergangswirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Uebergangswirtschaft übernommen und gesetzliche Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in der Minderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar so lange, bis wirklich ernsthafte Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Versuchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinigen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Regulativ der Generalkommission ein Gewerkschaftskongreß einzuberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Die Konferenz war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

An letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Kriegsbeschädigte!

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollen in den Ostertagen auf einem nach Essen berufenen Kongresse zu einem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ zusammengeschlossen werden. Zweck des Verbandes soll sein:

„Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten; tätige Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten namentlich in der Berufsberatung; in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.“

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reiche organisiert, wenn auch die reichsrechtliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln a. Rh. gefordert wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Teilen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein müßte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einflußreichen Stellen sich ein Bureaumatismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und den Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerten Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die ins Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten beschritten.

Zwar dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbsttätigen Anteil an ihr haben. Dazu bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Leidenden würde nur niederdrückend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies u. a. deren Arbeitersekretariate und sonstige Rechtsschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr haben die unterzeichneten Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsam Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird auch darauf hingewiesen, daß der „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ dafür Sympathie

zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle sieht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

Berlin, den 3. April 1917.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Gesamtverband d. Christl. Gewerkschaften Deutschlands.

U. Stegerwald.

Verband der deutschen Gewerkvereine (H.-D.).

Gustav Hartmann.

Polnische Berufsvereinigung.

Rymer.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.

S. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.

Dr. Höfle.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung in den beiden ersten Kriegsjahren.

Auf Grund der für den Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angestellten Ermittlungen kann festgestellt werden, daß sich die Zahl der deutschen Konsumvereinsmitglieder in den beiden ersten Kriegsjahren von 240000 auf 2750000 erhöht hat. Hiervon entfallen auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine 2052139. An den fehlenden rund 700000 Mitgliedern ist der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit etwa 325000 Mitgliedern beteiligt. Die Zahl der vorhandenen Konsumgenossenschaften betrug Ende 1916 2376. Davon entfielen auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine 1077, auf den Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 276. Die verbleibenden reichlich tausend Konsumgenossenschaften sind jene, die keinem der beiden genossenschaftlichen Zentralverbände angeschlossen sind. Da auf diese nur etwa 375000 Mitglieder entfallen, so ergibt sich daraus, daß die Mehrzahl dieser Genossenschaften kleine und kleinste Genossenschaften sind, die für die konsumgenossenschaftliche Entwicklung nur geringe Bedeutung haben.

Eine verhältnismäßige Berechnung ergibt für die Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung in den beiden ersten Kriegsjahren folgendes Bild:

Gegenstand	1914	1915	1916
Zahl der Konsumvereine	2418	2400	2376
Zahl der Mitglieder	2400000	2550000	2750000
Umsatz im eigenen Geschäfte	685334400	675655650	773668500 M.
Davon Eigenproduktion	131328000	145536150	195112500 „
Geschäftsguthaben d. Mitgl.	46401600	48628500	52437000 „
Reserven aller Art	35580000	40318050	43925750 „
Spareinlagen u. Hausanteile	105026400	108030750	126453250 „

Die Zahl der deutschen Konsumgenossenschaften hat während der beiden ersten Kriegsjahre einen Rückgang erfahren. Dieser Rückgang ist jedoch nur zum kleinen Teil eine Folge der Kriegsumstände. Er ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß aus Gründen eines tatkräftigen genossenschaftlichen Fortschritts im Zentralverbände deutscher Konsumvereine das Bestreben besteht, kleine Konsumgenossenschaften mit benachbarten größeren zu verschmelzen und diese zu Bezirkskonsumvereinen auszubauen.

Die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften hat eine erhebliche Steigerung, nämlich von 2,4 Millionen auf 2,75 Millionen, erfahren. Die Mitgliederzunahme ist verhältnismäßig stärker als in den letzten Jahren vor dem Kriege.

Der Umsatz im eigenen Geschäfte zeigt im ersten Kriegsjahr einen kleinen Rückgang von 685,3 Millionen Mark auf 675,7 Millionen Mark. Dieser Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß viele Hunderttausende der kaufkräftigsten Konsumenten zu den Fahnen eingezogen wurden, und daß deren Konsumkraft ausfiel. Das zweite Kriegsjahr bringt eine Erhöhung des Umsatzes von 675,7 Millionen Mark auf 773 Millionen Mark, also um nahezu 100 Millionen Mark. Diese Erhöhung ist zum größeren Teil auf die Erhöhung der Warenpreise, die namentlich im zweiten Kriegsjahr ein-

setzte, zurückzuführen. Andererseits ist aber doch zu berücksichtigen, daß ein weiterer Ausfall von weiteren Hunderttausenden kaufkräftiger Konsumenten stattfand. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß durch die Rationierung der Lebensmittel der Bezug eines jeden einzelnen eine erhebliche Einschränkung erfahren hat. Viele Waren, die früher einen wesentlichen Teil des Umsatzes der Konsumvereine ausmachten, sind ganz aus dem Handel verschwunden. Wenn trotzdem eine Erhöhung des Umsatzes von nahezu 100 Millionen Mark erzielt wurde, so ergibt sich daraus, daß die Konsumgenossenschaften auf dem Gebiete der Warenverteilung geleistet haben, was zu leisten überhaupt möglich war, und daß die Mitglieder genossenschaftliche Treue übten. Auch die starke Mitgliederzunahme läßt erkennen, daß auch in dieser allerschwersten Zeit die deutschen Konsumgenossenschaften es verstanden haben, sich immer mehr die Anerkennung der breiten Masse des Volkes zu erwerben.

Der Wert der in eigenen Produktivbetrieben der Konsumgenossenschaften hergestellten Waren erhöhte sich im ersten Kriegsjahre von 131,3 Millionen Mark auf 145,5 Millionen Mark, im zweiten Kriegsjahr auf 195,1 Millionen Mark. Die verhältnismäßige Zunahme der Eigenproduktion ist also noch erheblich höher als die Zunahme des Umsatzes, trotz der vielfachen Einschränkungen und des Mangels an Rohmaterialien.

Die Stärkung der Kapitalkraft der Konsumvereine machte in den beiden Kriegsjahren weitere erfreuliche Fortschritte. Die Summe der Geschäftsguthaben der Mitglieder stieg von 46,4 Millionen Mark auf 52,4 Millionen Mark, die Summe der Reserven aller Art von 35,6 Millionen Mark auf 43,9 Millionen Mark. Das eigene Kapital erfuhr somit eine Zunahme von 82 Millionen Mark auf 96,3 Millionen Mark, also um 14,3 Millionen Mark oder um 17 Proz.

Es ist also festzustellen, daß die deutschen Konsumgenossenschaften in den ersten zwei Kriegsjahren des Weltkriegs nicht nur ihre frühere Stellung behauptet, sondern sich auch in erfreulicher Weise weiter entwickelt haben. Das ist der hingebenden Arbeit der Genossenschaftsverwaltungen und der genossenschaftlichen Treue der Mitglieder zu danken. Die Früchte dieser unermüdlichen Arbeit und genossenschaftlichen Hingabe wird, so dürfen wir sicher hoffen, unsere Friedensarbeit in der Zeit nach dem Kriege bringen.

Aus unserem Berufe.

Stanowitz. Die Direktion der Porzellanfabrik Stanowitz bewilligte der Arbeiterschaft eine Teuerungszulage in Höhe von 10 Prozent.

Versammlungsberichte.

Selb. Wenn die Versammlung als das Spiegelbild des in der Organisation herrschenden Geistes gelten soll, dann dürfte unsere Zahlstellerversammlung vom 31. März cr., auch wenn der Besuch keinesfalls als befriedigend bezeichnet werden kann, immerhin berechnete Hoffnung auf Besserung aufkommen lassen. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde das Andenken der uns durch den Tod entrisenen Anhänger in üblicher Weise geehrt. Dann kam ein Schreiben vom Hauptvorstand zur Verlesung, das ersichtlich machte, daß anscheinend nicht alle Mitglieder ihren Beitrag dem Verdienst entsprechend entrichten, ihren Pflichten dem Verbands gegenüber nicht in vollem Umfange nachkommen. Im Notfalle pochen aber gerade solche Mitglieder gern auf ihre Rechte, die sie sich entsprechend ihrem Verhalten nicht gesichert haben. Nach den Ausführungen des Kollegen Ahlendorf, der auf die Notwendigkeit der pflichtgemäßen Beitragsleistung hinweist, beschloß die Versammlung, daß den Mitgliedern, die in Zukunft ihren Pflichtbeitrag nicht ordnungsgemäß leisten, die Unterstützung zu verweigern ist. Wer beharrlich die Zahlung des Pflichtbeitrages, das ist der Beitrag, der der Höhe des jeweiligen Wochenverdienstes entspricht, verweigert, soll aus dem Verbands ausgeschlossen werden.

Nach der Bekanntgabe des Quartals-Abchlusses brachte Kollege Ahlendorf das vom Distriktsausschuß beschlossene Statut über die Erwerbslosenfürsorge zur Verlesung und knüpfte daran einige erläuternde Bemerkungen. Die Unterstützungen sind aus Nr. 13 der „Ameise“ zu ersehen und brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Nach Vornahme einiger Ergänzungswahlen fand die Fraae unserer Jugendbewegung noch eine eingehende Erörterung. Durch den Krieg, so wurde ausgeführt, ist das Heer der Arbeiter und Arbeiterinnen in beträchtlichem Maße vermindert worden. Der Erziehung unserer Arbeiterjugend ferndauernd das Interesse zu bewahren, ist für die gewerkschaftlichen Organisationen, sowie für das allgemeine gesellschaftliche Interesse ein Gebot der Notwendigkeit, das leider heute noch nicht allgemein anerkannt ist. Die älteren Kollegen sind es in erster Linie, die auf die jüngeren, vornehmlich durch gute Beispiele, einen moralischen Einfluß ausüben müssen. Während des Krieges ist es vornehmlich die Jugend zu erziehen, die auf diesem Gebiete keine Pflicht erfüllt, wird des Volkes der einst aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen sicher sein.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Ullwasser. Montag, den 16. April, abends 6 Uhr, in der Glöbrauerei zu Waldenburg: Zahlstellen-Versammlung.
Fraureuth. Sonnabend, den 14. April, abends 8 Uhr: Versammlung bei Volkstädt.
Rahla. Sonnabend, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosengarten“.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Johann Schindler, Brenner, geboren am 20. Januar 1881 zu Oberkohan; am 21. März 1917 in einem Feldlazarett verstorben.

Nicol. Stengel, Formengießer, geboren am 8. November 1880 zu Döhlau, gefallen im März 1917.

Beide waren Mitglieder der Zahlstelle Selb.

Heinrich Köstler, Maler, geboren am 21. Januar 1889 in Eulenloh, gestorben an den Folgen eines Unterleibschusses am 17. Januar 1917. Mitglied der Zahlstelle Wunsiedel.

Adolf Hautmann, Dreher, geboren am 23. März 1886 zu Leuthenforst, gefallen am 24. Februar 1917. Mitglied der Zahlstelle Markt-leuthen.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Colditz. Ernst Hammer, Dreher, geboren am 20. Mai 1845 in Colditz, gestorben am 27. Februar 1917 an Altersschwäche. Seit 1911 Invalide. Mitglied seit 1905.

Meißen. Karl Lampel, Dreher, geboren am 18. März 1857 in Steintirche, gestorben am 16. März 1917 an Herzschwäche. Seit 1908 Invalide. Mitglied seit 1894.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Eindreher

für dauernde Beschäftigung auf Fontöpfe für Frühgemüse sucht sofort **August Kuhlmei,** Blumentopffabrik, Spandau, Plantage 6-7.

Geschäfts-Anzeigen.

Silber-Abfälle, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung **Oskar Rottmann,** Stadtilm.

Schwämme für Porzellan- und Steingutdreher, Geschirrtöpferei, Garnierungs-Druderei, Glasur-, Brennerschwämme; „Elephantenohren“, große, dicke, prima, à Kilo Mk. 95,-; zweite Qualität, dünn, klein, à Kilo Mk. 72,-; Levantiner, Zymocca von Mk. 0,50 bis Mk. 6,- pro Stück, voll und glatt; große, glatte Arbeitsschwämme für Steingut; Cayos à Kilo Mk. 35,-. Versand nur in ganzen Partien gegen Nachnahme. Proben werden nicht abgegeben. Mit Fabrikanten besondere Vereinbarung, event. Ansichtsendungen.

H. Michelsohn, Schwammhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Goldhaltige Lappen — Näpfe — Schmiere Pinsel — Paletten — Näpfe — leere Goldflaschen

überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft **Max Haupt,** Dresden-N., Bönisch-Platz 17.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft **M. Köhler,** Dresden-N., Gerichtstr. 8 li. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w. kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32. Schnelle, reelle Bedienung.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22